KBA 5082

Die Landesregierung distanziert sich von Barth

„Wir waren selbst von der Rede des Baseler Professors überrascht“ *Wiesb. Tagbl.*

15. XI. 54

Wiesbaden, 15. November. (Eig. Bericht.) Der hessische Kultusminister Hennig hat am Montag zu der Gedenkrede Stellung genommen, die der Schweizer Professor Dr. Karl Barth am Volkstrauertag beim Staatsakt der Landesregierung gehalten hatte. Die Rede Barths hatte, wie berichtet, in der Bevölkerung Erregung ausgelöst, weil darin kritische Bemerkungen zu deutschen politischen Problemen enthalten waren. Hennig äußerte, gewiß sei Barth, der unter den evangelischen Theologen eine hervorragende Stellung einnehme, nicht verpflichtet, die deutschen Probleme mit unseren Augen zu sehen. Man habe jedoch erwarten dürfen, daß er am Volkstrauertag einen inneren Beitrag vom Theologischen her zu leisten sich befleißigt hätte. Die Landesregierung habe allerdings auch keine Möglichkeit gehabt, Einblick in Professor Barths Manuskript zu nehmen, so daß man selbst überrascht gewesen sei, als Barth politische Forderungen erhoben habe. Daher distanziere er sich von der Rede Barths.

Die hessische Regierung distanzierte sich ebenfalls in einer offiziellen Erklärung von drei Abschnitten der Gedenkrede Barths. Die Ansichten des Schweizers sollten als persönliche Meinung nicht angetastet werden. Die Regierung sei jedoch der Ansicht, daß der Vorschlag auf den Verzicht auf Bewaffnung nicht nur an die Bundesrepublik, sondern auch an alle ihre Nachbarn zu richten sei, insbesondere auch an jene Mächte, die das Schicksal der Welt in stärkerem Maße als Deutschland bestimmten. Die Landesregierung sei ferner überrascht gewesen, daß in der Rede Barths die einzige Namensnennung einem Personenkreis gegolten habe, dem der Würzburger Professor Noack angehöre, von dem sich die hessische Regierung ebenso zu distanzieren wünsche, wie die Sozialdemokraten das bisher immer getan hätten. Drittens gehe es nach Auffassung der hessischen Regierung nicht an, die Angehörigen der Organisation „Rote Kapelle“ als Freiheitskämpfer zu feiern, die während des nationalsozialistischen Re-

gimes das Ziel verfolgt hätten, ein neues Gewaltregime an dessen Stelle zu setzen.

Euler kritisiert den Staatsakt

Der Vorsitzende der hessischen Freien Demokraten, Bundestagsabgeordneter Euler, hat am Montag in einem Brief an Ministerpräsident Zinn seinem Befremden darüber Ausdruck gegeben, daß die Landesregierung den Staatsakt zu einer politischen Demonstration gegen den außenpolitischen Kurs habe werden lassen. Der hessischen Regierung sei bekannt gewesen, daß der für den Staatsakt gewonnene Redner zu dem Thema der Sicherung des Friedens in Europa Auffassungen vertrete, die denen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung auf das entschiedenste widersprächen.

Auch der Deutschland-Union-Dienst der Christlichen Demokraten schreibt am Montag, der hessischen Regierung sei es vorbehalten geblieben, den Staatsakt durch die Berufung eines Redners von besonderer Art parteipolitisch mißbrauchen zu lassen.